



Sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Rede im Bundesratsplenum hat heute Bundeskanzler Olaf Scholz gehalten. Er lobte ausdrücklich die deutsche Bundesstaatlichkeit als einen Ausdruck einer lebendigen Demokratie.

Insgesamt hat sich das Plenum mit 30 Tagesordnungspunkten befasst. Beispielsweise wurde der 2. Nachtragshaushalt 2021 gebilligt, ein hessischer Antrag zum Online-Fahrunterricht verabschiedet, über die steigenden Energiepreise debattiert sowie zu einer EU-Strategie gegen Antisemitismus Stellung genommen. Zu zwei der Themen hat der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier das Wort ergriffen. Mehr dazu haben wir für Sie in diesem Newsletter zusammengestellt.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre sowie ein erholsames und sonniges Wochenende. Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 11. Februar 2022



© Bundesrat | Sascha Radke

Ansprache des Bundeskanzlers Olaf Scholz zu Gast im Bundesrat

Anlässlich seines Amtsantritts im Dezember 2021 hat der Bundeskanzler den Bundesrat gebeten, eine Erklärung im Bundesrat abgeben zu dürfen. Dies sei eine gute Tradition, an der er festhalte, betonte Scholz in seiner Ansprache. Er lobte den deutschen Föderalismus. Vielfalt sei zum einen Ausdruck einer lebendigen Demokratie, andererseits mache sie Abstimmungsprozesse gerade in den Bundesratsverfahren nicht einfacher. Scholz unterstrich daher, dass "wir alle gemeinsam daher besondere Verantwortung dafür tragen, dass unser föderales System jederzeit handlungsfähig bleibt". Dieses Ziel leite die gesamte Bundesregierung, so der Bundeskanzler.

>>> zum [Video](#)

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021



© Henning Schacht

Heute hat sich der Bundesrat mit den Regierungsplänen zum 2. Nachtragshaushalt für das laufende Jahr befasst. Auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu diesem Gesetz, das der Deutsche Bundestag am 27. Januar 2022 verabschiedet hatte, wurde verzichtet.

Der Gesetzentwurf sieht u. a. vor, insgesamt 60 Milliarden Euro, die im vergangenen Jahr nicht ausgegeben wurden, zusätzlich für Zukunftsinvestitionen, Klimaschutz und Projekte zur Transformation der deutschen Wirtschaft bereit zu stellen.

Stellvertretend für einige Länder äußerte der **Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier** seine Bedenken zum Nachtragsetat. Es bestünden Zweifel, ob der Bundeshaushalt verfassungsgemäß sei. Er bezog sich dabei auf ein Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs zum geplanten Corona-Sondervermögen. Als erstes Verfassungsgericht in Deutschland hatte der Staatsgerichtshof des Landes Hessen verfassungsrechtliche Grundsätze für die kreditfinanzierte Bewältigung der Coronapandemie aufgestellt.

>>> zum [Video](#)

Rechtsverordnung

Vorgaben zum Online-Unterricht und Führerscheinumschreibung

Der Bundesrat hat über mehrere Änderungen im Zusammenhang mit Erwerb, Geltung und Umtausch von Führerscheinen abgestimmt. Auch ein Antrag der Länder Hessen,



© Bundesrat | Sascha Radke

Baden-Württemberg und Hamburg, der Fahrschulen ermöglichen soll, den theoretischen Unterricht auch online zu erteilen, erhielt eine Mehrheit. Der **Hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek-Al-Wazir** sagte dazu im Plenum, es habe sich während der Corona-Pandemie gezeigt, „dass Online-Fahrunterricht gut funktioniert“. Es gäbe daher keinen Grund, die Ausnahme auslaufen zu lassen. Die drei Länder verlangen daher eine Neufassung, die digitale Angebote grundsätzlich erlaubt und dafür Rahmenbedingungen definiert. Dabei berufen sie sich auf eine Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen, nach der digitale Lehrmedien in der Fahrausbildung neue Chancen eröffnen. Al-Wazir machte deutlich, dass Online-Kurse eine zusätzliche Möglichkeit bieten, den Präsenz-Unterricht aber nicht einfach ablösen sollen: „Selbstverständlich bedarf es dafür klarer Qualitätsmaßstäbe. Bei ihrer Erarbeitung sollte der Bund die Expertise der Länder einbeziehen.“

>>> zum [Video](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

EU-Vorlage

Bundesrat unterstützt Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens

In der Mitteilung schlägt die Kommission eine Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus vor, die drei Säulen umfassen soll: die Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus, der Schutz und die Förderung jüdischen Lebens in der EU sowie Bildung, Forschung und das Gedenken an den Holocaust. Der Bundesrat hat dazu einstimmig eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben und begrüßt darin die vorgestellten Maßnahmen. Der **Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier** ergriff im Plenum das Wort und kritisierte die Behauptung der Organisation Amnesty International, Israel sei ein Apartheitsregime. Weiterhin erklärte er, dass es für die Bekämpfung des Antisemitismus engagierte Demokratinnen und Demokraten und der Überwindung von Gleichgültigkeit bedürfe.

>>> zum [Video](#)

VIDEOS & BILDER

Unsere **Veranstaltungen** können Sie auf unserem **YouTube** Kanal **Hessen in Berlin und Europa** sowie bei **Twitter** unter **@EUBerlinEuropa** abrufen.

Antrittsbesuch

Ministerin Lucia Puttrich trifft Botschafter Guatemalas

Staatsministerin Lucia Puttrich empfing den Botschafter Guatemalas Jorge A. Lemcke Arévalo zu einem Antrittsbesuch. Die Europaministerin und der Botschafter tauschten sich über Möglichkeiten zur Vertiefung der guatemalteckisch-hessischen Beziehungen aus. Neben der Bedeutung der wirtschaftlichen wurden dabei auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bildungsbereich – vor allem zwischen Hochschulen – besprochen.



© HLV Berlin

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 11. März 2022 zur nächsten Sitzung zusammen treten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 14. bis 18. Februar statt.

Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte:

- ▶ 16. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung
- ▶ Vereinbarte Debatte zum Internationalen Frauentag
- ▶ Vereinbarte Debatte zum Arbeitsprogramm 2022 der Europäischen Kommission

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.



Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können
Sie gerne an
veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin

Hessen in Berlin und Europa im Social Web:



Facebook



Youtube



Instagram